



**Satzung zur Änderung  
der Prüfungs- und Studienordnung  
für den Bachelorstudiengang  
Geographische Entwicklungsforschung Afrikas  
(African Development Studies in Geography)  
an der Universität Bayreuth**

**Vom 15. Mai 2018**

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Bayreuth folgende Änderungssatzung<sup>\*)</sup>:

**§ 1**

Die Prüfungs- und Studienordnung für den Bachelorstudiengang Geographische Entwicklungsforschung Afrikas (African Development Studies in Geography) an der Universität Bayreuth vom 10. September 2014 (AB UBT 2014/051) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Abs. 1 wird Satz 5 ersatzlos gestrichen.
  - b) In Abs. 5 Satz 2 werden die Worte „im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss“ durch die Worte „nach Anhörung des Prüfungsausschusses“ ersetzt.
2. In § 6 Abs. 2 wird die Ziffer „3“ durch die Ziffer „2“ ersetzt.

---

<sup>\*)</sup> Mit allen Personen- und Funktionsbezeichnungen sind Männer und Frauen in gleicher Weise gemeint. Eine sprachliche Differenzierung im Wortlaut der einzelnen Vorschriften wird nicht vorgenommen.

3. In § 7 Abs. 1 werden die Nrn. 2 und 3 wie folgt neu gefasst:
  - „2. der Nachweis über die Teilnahme am Studienorientierungsverfahren für den Bachelorstudiengang Geographische Entwicklungsforschung Afrikas (African Development Studies in Geography) an der Universität Bayreuth gemäß der Satzung über Studienorientierungsverfahren in Bachelorstudiengängen an der Universität Bayreuth in der jeweils geltenden Fassung;
  3. der Nachweis von Deutschkenntnissen mindestens der Niveaustufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen bei Studienbewerbern, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in deutscher Sprache erworben haben.“
4. § 8 wird wie folgt neu gefasst:

## **„§ 8**

### **Anrechnung von Kompetenzen**

- (1) Die Anrechnung von Kompetenzen (Lernergebnisse) bestimmt sich nach Art. 63 Abs. 1 und 2 BayHSchG.
  - (2) <sup>1</sup>Werden Kompetenzen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. <sup>2</sup>Stimmt das Notensystem der anzurechnenden Kompetenzen nicht mit dem Notensystem des § 16 überein, werden die Noten der anderen Hochschule nach der modifizierten Bayerischen Formel
$$x = 1 + 3 \cdot (N_{\max} - N_d) / (N_{\max} - N_{\min})$$
mit gesuchter Umrechnungsnote  $x$ , bester erzielbarer Note  $N_{\max}$ , unterster Bestehensnote  $N_{\min}$  und erzielter Note  $N_d$  umgerechnet; dabei wird bei den berechneten Noten nur eine Stelle hinter dem Komma berücksichtigt und eine Anpassung an die in § 16 genannten Notenstufen erfolgt nicht. <sup>3</sup>Bei nichtvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen; eine Einbeziehung in die Prüfungsgesamtnote findet in diesem Fall nicht statt. <sup>4</sup>Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der zuständigen Fachvertreterin oder dem zuständigen Fachvertreter. <sup>5</sup>Wird die Anrechnung versagt, kann die betroffene Person innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Versagung eine Überprüfung der Entscheidung durch die Hochschulleitung beantragen. <sup>6</sup>Die Hochschulleitung gibt dem Prüfungsausschuss eine Empfehlung für die weitere Behandlung des Antrags.
  - (3) Anträge zur Anrechnung von Kompetenzen sind möglichst unverzüglich nach der Immatrikulation, jedoch spätestens bis zum Beginn der erstmaligen Anmeldung für das jeweilige Modul beim Prüfungsausschuss einzureichen.“
5. In § 13 Abs. 1 wird nach Satz 2 folgender Satz 3 angefügt:  
„<sup>3</sup>Einem Leistungspunkt liegen 30 Arbeitsstunden zugrunde.“

6. In § 18 wird Abs. 4 ersatzlos gestrichen und der bisherige Abs. 5 wird zu Abs. 4.
7. In § 22 Abs. 2 werden die Worte „in jedem Falle“ durch die Worte „im Regelfall“ ersetzt.
8. Nach § 23 Abs. 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:  
  
„(5) <sup>1</sup>Wird eine Täuschung in Form eines Plagiats festgestellt, wird die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet. <sup>2</sup>Der Plagiatsvorwurf ist gerechtfertigt, wenn der Prüfungskandidat versucht hat, das Ergebnis der Prüfung in einer für ihn günstigen Weise dadurch zu beeinflussen, dass er es unterlassen hat, von anderen Autoren wörtlich übernommene Stellen und auch sich an die Gedankengänge anderer Autoren eng anlehrende Ausführungen seiner Arbeit besonders zu kennzeichnen. <sup>3</sup>Die Feststellung wird von der jeweiligen prüfenden oder Aufsicht führenden Person getroffen und aktenkundig gemacht. <sup>4</sup>In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann die gesamte Prüfung für nicht bestanden erklärt und in besonders schweren Fällen auch das Recht der Prüfungswiederholung aberkannt und die gesamte Prüfung für endgültig nicht bestanden erklärt werden. <sup>5</sup>Die Entscheidung hierüber trifft der Prüfungsausschuss. <sup>6</sup>Bei der Entscheidung über die Zumessung der Sanktion ist im Einzelfall sowohl die Quantität des Plagiats als auch dessen Bedeutung für die Arbeit zu bewerten.“
9. In § 26 wird jeweils das Wort „Fachstudienberater“ durch das Wort „Studiengangsmoderator“ ersetzt.

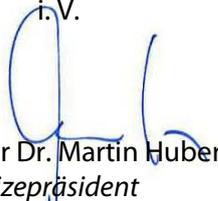
## § 2

Diese Satzung tritt am 16. Mai 2018 in Kraft.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Universität Bayreuth vom 9. Mai 2018 und der Genehmigung des Präsidenten der Universität Bayreuth vom 15. Mai 2018, Az. A 3376/0 - I/1.

Bayreuth, 15. Mai 2018



i. V.  
  
Professor Dr. Martin Huber  
Vizepräsident

Diese Satzung wurde am 15. Mai 2018 in der Hochschule niedergelegt.

Die Niederlegung wurde am 15. Mai 2018 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gegeben.

Tag der Bekanntmachung ist der 15. Mai 2018.